

SED kündigt Stipendienordnung

Harig: Studenten betrachten sich als Gehaltsempfänger

Unter dem Vorwand, die seit 1951 gültige Stipendienordnung der sowjetzonalen Hochschulen sei auf Grund „verbesserter Lebensverhältnisse“ überholt, werden einigen zehntausend Studenten in den nächsten Wochen die Mittel zum Lebensunterhalt gekürzt. Nachdem eine entsprechende Ankündigung von Sowjetzonen-Instanzen demontiert wurde, hat jetzt SED-Staatssekretär Harig die Kürzungen bestätigt und gleichzeitig die Studentenschaft in ungläublicher Weise verleumdet und verhöhrt. In einer vom SED-Zentralorgan veröffentlichten längeren Ausführung spricht Harig von einer „Rentier-Ideologie“ unter den Studenten und behauptet, diese benutzten ihre Stipendien als „Taschengeld“ oder „um sich Motorräder dafür zu kaufen“.

Zweck dieser Aktion ist die — wie bereits gemeldet — inzwischen angelaufene politische Säuberungsaktion an verschiedenen Universitäten. Mit einem Gewaltstreich will die SED die letzten widerspenstigen Studenten von den Hochschulen relegieren, ihnen jetzt die Stipendien rauben und ein Bildungsmonopol für FDJ-Funktionäre schaffen.

„Kaderauslese“

Bereits die zur Zeit noch gültige Stipendienordnung von 1951 wurde nach rein politischen Grundsätzen festgelegt. Sie billigte dem „Arbeiter- und Bauernstudenten“, der durch Partei oder FDJ „auf die Universität delegiert“ worden war, 180 Ostmark monatlich zu, während die übrigen Studenten 130 Ostmark erhielten. Dazu wurden Sonderstipendien auf Grund „hervorragender gesellschaftlicher Leistungen“ gezahlt.

Die neue Stipendienregelung behält diese Klassifizierung grundsätzlich bei, läßt aber „Kontrollmöglichkeiten“ durch die FDJ-Hochschulgruppen zu. Diese sollen im Rahmen einer Kaderauslese gehandhabt werden. Das geht auf zweierlei Weise vorstatten:

Erstens haben die FDJ-Leitungen halbjährlich politische

Leistungsblätter anzulegen, nach denen vom Staatssekretariat festgelegt werden kann, ob „eine weitere materielle Unterstützung gerechtfertigt ist“. Zweitens richten sich die Zahlungen nach dem Einkommen der Eltern bzw. der „klassenmäßigen Abkunft“ des Studenten. Unter Hinweis auf die genau begrenzte Zahl der Stipendien kann jedem Jugendlichen, der nicht von einer FDJ- oder Parteiorganisation empfohlen worden ist, die Unterstützung versagt werden.

Prüfungs-Schwindel

In der Praxis wird diese „Kaderauslese“ durch eine Reihe bewährter Methoden pointiert: Man wählt gerade jetzt die neuen FDJ-Leitungen der Universitäten und nimmt in diesem Rahmen politische Befragungen über die Stellungnahme der Studenten zur Frage der Wiedervereinigung oder der „bewaffneten Streitkräfte“ vor. Man geht dabei so weit, daß man KVP-Verpflichtungsscheine „auf Sicht“ unterschreiben läßt, um festzustellen, wer sich später gegen eine offizielle Rekrutierung auflehnen wird. Wer ablehnt, gehört zu den ersten, die man relegiert bzw. um ihre Stipendien bringt.

Eine weitere Methode ist die Kontrolle der „Zwischenprüfungen“.

Hier kommt es hauptsächlich auf die Bewertung der politischen Zensuren an. Eine schlechte Note in „Gesellschaftswissenschaft“ berechtigt die FDJ-Hochschulgruppe, den Ausschluß eines Studenten zu fordern bzw. sein Stipendium an einen anderen zu vergeben.

Es befinden sich gegenwärtig 63 Prozent „Delegierte“ unter den Studenten, d. h. Jugendfunktionäre, die von ihren FDJ-Betriebsgruppen oder Grundeinheiten zur Weiterbildung vorgesehen sind.

Künftig ohne ...

Im Gegensatz zu früheren Verordnungen über die Förderung der schaffenden Intelligenz werden auch die Kinder von Technikern und Wissenschaftlern künftig ohne Stipendium studieren, weil ihre Eltern über den Richtsatz hinaus verdienen. Der kürzlich von Ulbricht verkündete „Plan zur Förderung der Jugend“ hat davon noch nichts erwähnt.

Profitieren werden von der neuen Stipendienordnung nicht zuletzt jene jungen KVP-Offiziere, die nachträglich im Parteauftrag auf die Hochschulen geschickt werden, um später als PK-Offiziere zu wirken. Ihnen stehen Sonderzuwendungen zwischen 80 und 140 Ostmark zu, wobei ihnen ihre KVP-Dienststelle noch eine Überbrückung zahlen muß.

Weiter profitiert, wer mindestens fünf Jahre zuvor als Lehrling oder Funktionär in einem VEB oder einer Verwaltung gearbeitet hat. Die hierfür bereitgestellten Sonderstipendien gehen denen verloren, die die SED in den kommenden Wochen mit allen Mitteln von den Hochschulen vertreiben will.

Chruschtschow und der „Endsieg“

WG. Die stürmische Flut der Meinungen und Prophezeiungen, die der Sturz Malenkows in aller Welt ausgelöst hatte, ist wieder abgeebbt. Alle nur denkbaren Deutungen wurden gegeben, pessimistische, optimistische und zwischen ihnen die Empfehlung zu ruhigem Abwarten.

Abwarten — das heißt allerdings nicht, daß der Westen untätig bleiben soll. Höchste Aktivität ist vielmehr notwendig, sowohl um die Absichten der sowjetischen Politik verständlich zu ergründen, als auch um ohne Einschränkung und Verzögerung die Politik zu vollenden, deren Ziel die gemeinsame Sicherheit des Westens ist. Nur aus der Parallelität dieser beiden Wege kann schließlich eine Verständigung hervorgehen.

Leerlauf der Reden

Nicht die vielen Reden, sondern nur Haltung und Handeln bringen uns dieser Verständigung über unausbleibliche Krisen und Zuspitzungen hinweg langsam näher. In den Anklagen und Gegenanklagen der östlichen und westlichen Reden spüren wir immer wieder, wie sehr die strittigen Probleme bereits ausdiskutiert sind, — bis zum völligen Leerlauf der Auseinandersetzung. Auch die Rede Molotows vor dem Obersten Sowjet ist, wenn man sie im Wortlaut liest, nicht enttäuschend wegen einer etwa verschärften Sprache, die ihr auf Grund verstraffter Auszüge zunächst nachgesagt worden war, sondern wegen der totalen Verkalkung der in ihr enthaltenen Anklagen und Urteile. Neu ist in ihr allenfalls das Lob auf die Labour-Partei, auf SPD und DGB und auf „die vortrefflichen Reden Edouard Herriots“. Aber dieses Neue ist auch das am wenigsten Erfreuliche. Es mahnt immer zu nachdenklicher Vorsicht, wenn Moskau an dem sonst verhaßten „Sozialdemokratismus“ plötzlich so schöne Seiten entdeckt.

Selbst das zwanglos und charmant plaudernde Interview, das Chruschtschow den Amerikanern Hearst und Kingsbury Smith gab, ist in seinem Inhalt meist

enttäuschend. Es enthüllt nämlich wieder einmal eine von ideologischer Besessenheit beherrschte Politik als die eigentliche Gefahr. Diese Gefahr liegt in der auch von Chruschtschow vertretenen leninistisch-stalinistischen These, daß das so vielstufige soziologische Gebilde, das Moskau „Kapitalismus“ nennt, zum weltweiten Untergang verurteilt sei und der Kommunismus einmal die ganze Welt beherrschen werde. Chruschtschow gab dieser These eine mildere Prägung, indem er folgende Gegenüberstellung formulierte: „Die Amerikaner sind natürlich der Meinung, daß der Kapitalismus siegen werde. Die Sowjetmenschen glauben, daß der Kommunismus siegen wird. Wann das geschehen wird, ist unbekannt.“

Was der Westen glaubt ...

Hier wird jedoch der ideologischen Besessenheit des Kommunismus ein ideologischer Glaube des Westens entgegengesetzt, der völlig entstellt ist. Der Westen glaubt, da er nicht marxistisch denkt, weder an die Notwendigkeit eines politisch-militärischen Kampfes zwischen Kommunismus und „Kapitalismus“, noch daran, daß eines dieser gesellschaftlichen Systeme das andere unbedingt „besiegen“ muß. Noch niemals in der Geschichte hat es ein gesellschaftliches System gegeben, das sich einheitlich über die ganze Welt ausgebreitet hat. Die Welt ist nicht eine Einheit, sondern eine Vielheit sozialwirtschaftlicher Lebensformen, die sich in Völkern und Völkergemeinschaften auf der Grundlage sehr verschiedener Traditionen, Anlagen und Interessen sehr verschieden organisieren. Wo bisher der Kommunismus zur Herrschaft gelangt ist — von Peking über Moskau nach Pankow —, da hat nicht etwa die kommunistische Idee, sondern nur die Rote Armee gesiegt.

Was der Westen glaubt, das ist vielmehr, daß man in die innere Entwicklung der Völker nicht mit Gewalt eingreifen soll. Das hat nach vielen anderen sowjetischen Machthabern auch Chruschtschow in seinem Interview erklärt: „Nach Ansicht der Sowjetmenschen darf kein Volk seine Staatsordnung einem anderen Volke aufzwingen.“ Wenn das nur wahr wäre — eine

wirkliche Doktrin der sowjetischen Politik, aufrichtig gemeint und praktisch befolgt, — dann würden Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, die Tschechoslowakei und die baltischen Staaten noch freie, wirklich vom Volkswillen geformte Länder sein; und auch die Sowjetzone unterläge nicht einer kommunistischen Diktatur. Marshall Tito, der über die sowjetische Einmischung einige Erfahrung hat, nannte es soeben geradezu als die Voraussetzung einer Koexistenz, daß jedermann seine Finger aus den inneren Angelegenheiten anderer Länder läßt. Würde die schöne Behauptung Chruschtschows, heute die große Unwahrheit der sowjetischen Politik, wahrhaftige Geltung erlangen, dann würden alle Probleme der Weltpolitik einschließlich des deutschen verhältnismäßig leicht lösbar werden.

Sie scheitern aber vor allem daran, daß die von Moskau erstrebten Lösungen ganz im Dienste der kämpferischen Idee vom weltweiten Endsieg des Kommunismus stehen. In dieser sowjetischen Haltung sind nicht nur das westliche Mißtrauen und folglich der Wille zur defensiven Stärke gegenüber Moskau, sondern auch alle sachlichen Schwierigkeiten einer Verständigung begründet.

Chancen sowjetischer Politik

Wenn Moskau klug beraten ist und ehrlich den Grundsätzen folgt, die selbst Chruschtschow in bezug auf das Gleichgewicht der Kräfte und die gegenseitige Nichteinmischung verkündet hat, dann wird es sich auch in der Zeit nach der Ratifikation und vor der Durchführung der Pariser Verträge einer Viererkonferenz nicht versagen. In ihr liegen nämlich auch Chancen einer verständigen sowjetischen Politik. Sie sollte dabei das Wort des Bundeskanzlers nicht überhören, daß es im Rahmen einer allgemeinen Abrüstung durchaus möglich sei, die in der Westeuropäischen Union festgesetzten Stärkeeffizienzen zu reduzieren. Unser aller Wunsch geht viel mehr nach allgemeiner Abrüstung als nach deutscher Aufrüstung. Die weiseste Lösung liegt vielleicht in der Verbindung beider — sie sollte nicht unmöglich sein.

Zweifelhafte Befragungsaktion der SPD

Jeder kann beliebig oft unterschreiben

Dortmund (Eigenbericht). Das „Deutsche Manifest“ klopft seit einer Woche an die Türen von 200 000 Dortmund Haus-haltungen. Wie in Hof, Aschaffenburg und im Herforder Gebiet veranstaltet auch hier die SPD eine „Volksbefragung“ gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge. 3000 amtliche SPD-Frager sind in Dortmund mit Listen unterwegs, in die sich alle Einwohner über 17 Jahre einzeichnen können.

Die Erfahrungen, die man bisher dabei gemacht hat, zeigen, daß es außer einem grundlegenden Mangel an Seriosität der ganzen Aktion noch eine Reihe erster Verstöße gegen elementare demokratische Prinzipien gibt.

Zwei Reporter, die die Einstellung der Bevölkerung zu dieser Volksbefragung kennenlernen wollten, zogen mit einer Einzeichnungsliste mehrere Stunden lang von Haus zu Haus. „Das ist ja wie bei den Nazis“, empörte sich eine etwa 40jährige Frau in einem Acht-Parteien-Mietshaus in einem Vorort. „Sie glauben, daß ich meinen Namen auf diese Liste setze, damit das ganze Haus und die Nachbarschaft erfährt, wie ich denke?“ Diese und ähnliche Antworten sollten die beiden noch oft zu hören bekommen. In den Straßen jedoch, wo Bergleute und Arbeiter wohnten, war es verhältnismäßig einfach. Die beiden wurden ins Haus gebeten, und die ganze Hausgemeinschaft unterschrieb.

„Zugkräftige“ Parolen

Als besonders zugkräftig erwiesen sich die einleitenden Worte: „Wir sammeln Unterschriften gegen den Krieg.“ Oder bei den Frauen: „Wollen Sie, daß Ihnen Ihre Kinder toteschossen werden?“ Dadurch ließen sich einige, die zunächst durch sachliche Argumente nicht zur Unterschrift zu bewegen waren, leicht umstimmen. Das Verslein: „Wir kommen von der SPD“, öffnete natürlich die Türen zu allen linientreuen Genossen, wirkte jedoch bei anderen wieder wie eine Mauer und machte jede weitere Unterhaltung unmöglich. Die beiden Reporter erhielten 58 Unterschriften aus 38 Familien, 20 Türen wurden ihnen vor der Nase zugeschlagen. In 12 Fällen wurden sie

nach kurzer Diskussion mehr, oder weniger freundlich abgewiesen.

Gleichzeitig neben dieser Befragung von Haus zu Haus hat die SPD 12 öffentliche Einzeichnungsstellen eingerichtet, in denen jeder seine Unterschrift abgeben kann. Ein Besuch von vier dieser Stellen bewies, wie fragwürdig und unkontrolliert auch hier die ganze Aktion durchgeführt wird. In keiner der vier Stellen wurde auch nur einmal nach einem Ausweis gefragt. In dreien war es ohne weiteres möglich, auch die Namen angeblicher Ehefrauen einzutragen.

Adenauer: Ich kenne Bulganin

Bonn (Eigenmeldung). Bundeskanzler Adenauer hat auf einem Empfang für Journalisten schmunzelnd berichtet, daß er vor über zwanzig Jahren die persönliche Bekanntschaft von Bulganin gemacht hat. Bulganin kam damals als Präsident des Moskauer Sowjets auf Empfehlung der Reichskanzlei nach Köln, um den dortigen Oberbürgermeister Adenauer zu besuchen.

„Wir haben damals“, sagte Adenauer, „zwei nette Tage miteinander verbracht, und ich muß sagen, Bulganin hat auf mich einen wirklich netten Eindruck gemacht.“ Bulganin habe

An der Grenze ist man klüger

Lübeck (DPA). Gegen eine Unterstützung des „Deutschen Manifestes“ hat sich die Lübecker Gewerkschaftsjugend auf einem Delegiertentag ausgesprochen. Sie lehnte es auch ab, Protestkundgebungen gegen die Wiederaufrüstung zu veranstalten.

Bischofswahl bestätigt

Berlin (epd). Die pommerische Landessynode hat einstimmig die schon im Dezember vollzogene Wahl des Berliner General-superintendenten Dr. Krummacher zum Bischof von Pommern bestätigt. Bischof D. Dibelius wird die Amtseinführung Krummachers am 14. April im Greifswalder Dom vollziehen.

Hochschule an der Ruhr

Für die Errichtung einer Hochschule im Ruhrgebiet, durch die der Anteil der Arbeiterkinder am Studium erhöht werden könnte, setzte sich die Industrie- und Handelskammer Dortmund ein.

dann auch erzählt, „wie sie das mit ihren Entschlüssen im Sowjet machen.“ — aber das sei wenig demokratisch gewesen...

Als ein Journalist unter zunehmender Heiterkeit bemerkte, nun sei wohl ein Gegenbesuch Adenauers bei Bulganin fällig, entgegnete der Kanzler: „Dazu wäre es ein bißchen zu kalt.“ Die Bitte der Journalisten, die Geschichte veröffentlichten zu dürfen, lehnte Adenauer zunächst mit der Bemerkung ab: „Ich will ihm doch keine Schwierigkeiten machen.“ Später gab er die Geschichte jedoch für die Veröffentlichung frei, indem er lächelnd sagte: „Sie hätten es ja doch veröffentlicht.“

Kein Wehrdienst für Spätheimkehrer

Eine Antwort an die Sowjets

Bonn (Eigenmeldung). Bundeskanzler Adenauer erklärte vor der Presse, nach seiner Meinung sollten Spätheimkehrer aus der Sowjetunion in der Bundesrepublik auf keinen Fall wieder zum Wehrdienst eingezogen werden.

Die Äußerung Adenauers erfolgte in Beantwortung einer Frage, die sich darauf bezog, daß nach Presseberichten von sowjetischer Seite geäußert worden sei, man werde die letzten Kriegsgefangenen entlassen, wenn sicher sei, daß sie nicht wieder eingezogen würden.

Amerika bleibt auf der Hut

Eisenhower zur Regierungsumbildung in der Sowjetunion

Washington (AP/DPA). In einer Stellungnahme zu den Veränderungen in der Führung der Sowjetunion erklärte Präsident Eisenhower, daß sich in dieser Regierungsumbildung nicht unbedingt eine Verschärfung der sowjetischen Haltung gegenüber den USA ankündige. Er bezeichnete die Moskauer Vorgänge als einen Ausdruck der Unzufriedenheit in der Sowjetunion und betonte, daß die amerikanische Regierung ihre bisherige, auf den Frieden gerichtete Politik nicht ändern werde. Es sei aber notwendig, daß Amerika auf der Hut bleibe.

In Beantwortung mehrerer Fragen erzählte Eisenhower von seiner Bekanntschaft mit dem neuen sowjetischen Verteidigungsminister Schukow, den er im letzten Kriege als einen fähigen militärischen Führer kennen und schätzen gelernt habe. Sie hätten damals bei der Behandlung verschiedener Fragen in Berlin festgestellt, daß die zu lösenden Probleme in persönlicher Aussprache geklärt werden könnten.

Der Präsident erinnerte daran, daß er 1945 auf Einladung der damaligen US-Regierung Marschall Schukow nach Amerika eingeladen habe. Er würde nicht zögern, fügte Eisenhower hinzu, mit seinen Beratern die

Möglichkeit einer Erneuerung dieser Einladung zu erörtern.

Zu der Bemerkung Außenminister Molotows, daß die Sowjetunion die USA bei der Entwicklung der Wasserstoffbombe überflügelt habe, bemerkte Eisenhower, daß es dafür keine Beweise gebe.

Getreu dem Vorbild

Brüssel (DPA). Stürmisches Gelächter gab es in der belgischen Abgeordnetenkammer, als der kommunistische Parlamentarier Jean in der Landwirtschaftsdebatte sprechen wollte und sich zu Beginn „für seinen Mangel an Erfahrung auf diesem Gebiet“ entschuldigte. „Sie wären ein ausgezeichnete Nachfolger für Malenkow“, sagte daraufhin der Kammerpräsident.

Bernstein für Moskauer U-Bahn

Göttingen (Eigenmeldung). Das Bernsteinwerk Palmnicken im ostpreussischen Samland ist von den Sowjets wieder voll in Betrieb genommen worden. Der Bernstein wird für industrielle Zwecke verwandt und neuerdings auch zu Schmuckgegenständen verarbeitet. Für die Landwirtschafts-Ausstellung in Moskau wurden zwei metergroße Vasen und ein großer Kelch aus Bernstein gefertigt. Auch einer der Moskauer U-Bahnhöfe soll mit ostpreussischem Bernstein ausgeschmückt werden.

Toller Handstreich in Bern

Exil-Rumänen besetzten Gesandtschaft

Bern (AP/DPA). Ein einmaliger Zwischenfall hat sich in der Schweizer Hauptstadt Bern ereignet. In einem Handstreich überfielen sechs bewaffnete Exil-Rumänen die im Stadtzentrum von Bern gelegene rumänische Gesandtschaft, vertrieben nach einem Feuerwechsel das dort wohnende Gesandtschaftspersonal und besetzten das Gebäude.

Der schweizerische Bundesrat beschaffte sich auf mehreren Sondersitzungen mit dem Vorfall. Die rumänische Regierung überreichte der Schweiz eine Note, in der die Verhaftung der Angreifer, die sich im Gesand-

schaftsgebäude verschanzt haben, gefordert wurde.

Mit ihrem Überfall wollten die Attentäter die Freilassung von fünf in Rumänien festgehaltenen Führern der Widerstandsbewegung erzwingen. Unter ihnen befinden sich der frühere Innenminister General Aldea, Bischof Suci, und der frühere Minister Bratianu.

Weltkirchenkonferenz in Deutschland?

Genf (Eigenmeldung / epd). Bischof Dibelius hat an den Weltkirchenrat die Einladung gerichtet, die nächste, voraussichtlich 1960 stattfindende Weltkirchenkonferenz in Deutschland zu veranstalten.

Der Exekutivausschuß des Weltkirchenrates, an dessen Tagung in Genf auch Dibelius und Kirchenpräsident Niemöller teil-

nahmen, befaßte sich eingehend mit dem Europaproblem und der Lage in Europa. Der Ausschluß begrüßte die Anregung, die Klärung der christlichen Verantwortung in der jetzigen politischen Situation in Gesprächen zwischen kirchlichen Persönlichkeiten West- und Osteuropas und Amerikas vorzunehmen.

Kein Wechsel in der Außenpolitik

Berlin (AP/DPA). Der überraschende Regierungswechsel in der Sowjetunion ist nach Ansicht der drei amerikanischen Journalisten Hearst jr., Kingsbury Smith und Frank Conitt in der Hauptsache auf innerpolitische Gründe zurückzuführen und wird keinen Wechsel der sowjetischen Außenpolitik zur Folge haben.

Die drei Amerikaner, die sich 14 Tage lang in Moskau aufgehalten und dort führende Persönlichkeiten interviewt haben, trafen zu einer kurzen Zwischenlandung in Berlin ein. Als das interessanteste Interview bezeichnete Hearst die Unterredung mit dem neuen Verteidigungsminister Schukow, der klar zum Ausdruck gebracht habe, daß die Rote Armee bei der Regierungsumbildung den Parteisekretär Chruschtschow unterstützt habe.

Frank Conitt meinte, im Augenblick stehe die Formosafrage in Moskau im Vordergrund der sowjetischen Politik, doch werde dieses akute Problem aber nach seinem Eindruck für die nächsten vier bis fünf Jahre von der deutschen Frage abgelöst werden.

Höchster Berg Amerikas

Buenos Aires (DPA). Eine argentinische Anden-Expedition unter Führung von Prof. Bravo hat festgestellt, daß der Berg „Ojos del Salado“ mit 7115 Meter 80 Meter höher ist als der Aconcagua, der bisher als der höchste Berg Amerikas galt.

Es geschah vor zehn Jahren:

Sowjets bestellten Angriff auf Dresden

Zur Unterstützung ihrer Operationen — Eine der größten Vernichtungsaktionen

„Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens“, klagte der greise Gerhart Hauptmann, als die kunstsinige Stadt an der Elbe am 13./14. Februar 1945 nach drei furchtbaren Bombenangriffen in Schutt und Asche gesunken war.

Die kommunistische Propaganda war bemüht, die Schuld an der Katastrophe dem ehemaligen Verbündeten zuzuschreiben, obwohl man jenseits des Eisernen Vorhangs sehr genau weiß, daß die Initiative zu diesem Angriff von den Sowjets ausgegangen ist.

Aus Dokumenten, die nach dem Kriege veröffentlicht wurden, geht einwandfrei hervor, daß die sowjetische Führung zur Unterstützung ihrer Operationen die Bombardierung von Dresden verlangte. So kam es zu einer der grauenvollsten Vernichtungsaktionen des zweiten Weltkrieges.

Dresden gehörte zu den wenigen Städten, die bis zu jenen Tagen vom Luftkrieg verschont geblieben waren. Die Bewohner fühlten sich verhältnismäßig sicher. Angeblich sollte Hitler Dresden zur Lazarettstadt erklärt haben. Auch glaubte man, daß die Alliierten eine Stadt mit so wertvollen Kunstschätzen und Bauten nicht zerstören würden. Nirgendwo hatte man daher den zivilen Luftschutz so vernachlässigt wie in Dresden. Nur Gauleiter Mutschmann verfügte über einen festen Bunker. Erst das plötzliche Ticken des Weckers im Radio und die klagenden Heultöne der Sirenen schreckte die Menschen auf.

Der Feuersturm tobt

Ehe noch die letzten Männer, Frauen und Kinder mit dem Luftschutzgepäck in die Keller gehastet waren, ehe noch die Tausende von Flüchtlingen, die aus Oberschlesien und Schlessien vor der Roten Armee geflüchtet waren, verzweifelt in der großen Stadt einen Unterschlupf gefunden hatten, fielen bereits die ersten Bomben. Gegen einundzwanzig Uhr flogen die ersten Verbände die Stadt an. Aus ihren Schächten fielen etwa vierhunderttausend Brandbomben und dreitausend Sprengbomben vornehmlich auf die Innenstadt.

Bereits dieser Vierzig-Minuten-Angriff verwandelte Dresden in ein Flammenmeer. Auf einer Fläche von sieben mal vier

Kilometer tobte ein Feuersturm. In dieser Hölle spielten sich furchtbare Szenen ab. Lebenden Fackeln gleich irrten die Opfer des erbarmungslosen Angriffs durch die brennenden Straßen, über denen die Flammen wie ein mächtiges Dach zusammenschlugen.

Anderthalb Stunden später flogen wieder Bombenverbände die Stadt an und warfen großkalibrige Sprengbomben in die noch dunklen Flächen der Parks und Elbwiesen. Die Angstschreie der Frauen und Kinder gingen unter in dem infernalischen Pfeifen der Bomben und dem Höllenlärm der Explosionen. Viele schlesische Flüchtlingsfamilien fielen diesem zweiten Angriff zum Opfer.

Es war Aschermittwoch, als der graue Februarmorgen sein fahles Licht über die zerstörte Stadt warf. Am Himmel hingen dunkle Rauchwolken, gleich einem riesigen Wahrzeichen. Was einst zu den heiligsten Kulturgütern der Menschheit gehörte, war vernichtet. Der Zwinger, die Frauenkirche, die Hofkirche, die Schlösser, die malerischen Gäßchen der Altstadt — in einer Nacht war Schutt und Asche geworden, woran Jahrhunderte gebaut hatten. Während Dresden noch an allen Ecken und Enden brannte, flogen in den Mittagsstunden erneut Kampferverbände die Stadt an und beendeten das Vernichtungswerk.

Zahl der Opfer unbekannt

Die Zahl der Toten ist nie genau festgestellt worden, denn im Augenblick des Angriffs barg die Stadt etwa 1 130 000 Menschen. Die normale Einwohnerzahl lag bei siebenhunderttausend. Aus den Unterlagen des amerikanischen Außenamtes

geht hervor, daß etwa 250 000 Menschen bei den Angriffen ums Leben gekommen sind. Der Generalmajor der Feuer-schutzpolizei a. D. Hans Rumpf ist jedoch der Ansicht, daß die Zahl zu hoch gegriffen ist. Er schätzt die Todesopfer auf 60 000 bis 100 000.

Es vergingen Wochen, bis wenigstens die Toten von den Straßen und aus den Kellern geborgen waren. Die wenigsten Opfer waren zu identifizieren, und den Aufräumungskommandos blieb oft nichts anderes übrig, als die Keller mit Flammenwerfern zu säubern. Auf den Plätzen verbrannte man die sterblichen Überreste, da selbst die Massengräber nicht ausreichten.

Ein Holzkreuz auf dem Heidefriedhof verkündet, daß auf einem Hügel von vier mal sechs Meter die Asche von 10 000 Menschen beigesezt ist. Allein in den Kellern des Hauptbahnhofs waren 2000 Menschen, größtenteils Flüchtlinge, ums Leben gekommen. Und noch heute ruhen unter den Trümmern der Altstadt Tausende unbekannter Opfer aus jener Februarnacht vor zehn Jahren.

Gegen die Erziehung zur Gottlosigkeit

Berlin (DPA). Gegen die Erziehung zur Glaubens- und Gottlosigkeit in der Sowjetzone wandte sich der katholische Bischof Weskamm in einem in allen katholischen Kirchen Berlins verlesenen Hirtenbrief. Er weist besonders auf die Propaganda zur Jugendweihe im sowjetischen Besatzungsgebiet hin. Jeder kenne den „Zustand der Zwangserziehung“, und niemand dürfe sich über den „Ernst des Angriffs“ hinwegtäuschen. Die Eltern erinnert Weskamm an die mangelnde Religiosität in der heutigen Jugend. Immer wieder werde geklagt, daß die Kinder sich nicht konzentrieren und nicht beten könnten. Weskamm schließt mit dem Appell, die Verantwortung in der Gemeinde zu sehen und zu tragen.

Sowjetregierung läßt SED im Stich

Keine Ueberbrückungslieferungen für die Zone

Zu größter Beunruhigung hat unter der Zonenbevölkerung eine vor allem in Mecklenburg aufgetretene Verknappung der wichtigsten Lebensmittel geführt. In vielen Orten gibt es seit Wochen keine Butter und sogar keinen Zucker mehr in der HO zu kaufen. Die Butterrationen auf die C-Karte wurden fast durchweg um 50 Prozent gekürzt. Andernorts fehlen Kartoffeln und Kohlen. Eine von der SED am 11. Februar nach Ostberlin einberufene Wirtschaftskonferenz der Bezirksräte legte in aller Offenheit die Gründe dafür dar.

Danach fehlen der Sowjetzone 1955 die sonst in jedem Jahr bis zum Anschluß an die neue Ernte gegebenen Hilfslieferungen aus den Ostblockstaaten und der Sowjetunion. Die SED-Vertreter begründeten dies mit der Nichteinhaltung von Exportverpflichtungen.

So hat die Sowjetunion die bereits zugesagte Lieferung von 3000 t Fett und 2000 t Fleisch zurückgezogen. Polen hat 2000 t Fleisch und zahlreiche Geflügel-lieferungen gesperrt, Ungarn bleibt mit etwa der gleichen Menge Fett in Verzug. Die gegenwärtige Staatsreserve an Fett beträgt nach Angaben der SED keine drei Wochen mehr, für Fleisch sind nur noch rund 14 Tage Bedarf eingelagert.

KVP frischt Reserven auf

Eine Begründung für diese katastrophalen Ziffern wurde

von den SED-Vertretern allerdings nicht angegeben: Seit vier Wochen besteht eine Regierungsanordnung, laut der bereits vom Ministerium für Handel und Versorgung aus bestimmte Lebensmittel in bestimmtem Prozentsatz vom Gesamtbedarf abgezogen und zur Auffüllung der KVP-Reserve verwendet werden müssen.

Und die Kohle?

Diese Reserven werden — und das ist das Bezeichnende — jedoch für einen Mannschaftsstand von 300 000 (!) angelegt. Zu einem Zeitpunkt also, in dem sich die Sowjetzone in ernsthaftesten Versorgungsschwierigkeiten befindet, läßt die Regierung Lebensmittel einlagern für eine noch nicht vorhandene 300 000-Mann-Armee.

Nicht anders ist es in der Kohlenversorgung. Die Zonen-

wirtschaft hat den Kohlenförderungsplan zu 6 Prozent untererfüllt. Diese fehlenden 6 Prozent wurden jedoch nicht etwa auf alle Verbraucher gleichmäßig aufgeschlüsselt. Betriebe und Verwaltungen erhielten ihr Kohlenkontingent in voller Höhe, der Bevölkerung fehlen von der ohnehin knappen Kohlenzuteilung dadurch 18 Prozent!

Von dem Rest haben sich allerdings jene Betriebe noch das Ihrige geholt, die im Plan nicht gemäß der später erhöhten Produktionszahlen berücksichtigt sind: zumeist Zubringerbetriebe der Schwerindustrie. Es kann also geschehen, daß die Bevölkerung ab Mitte März ohne Kohlen in den Wohnungen sitzt, wenn die Regierung nicht noch im letzten Augenblick für Abhilfe Sorge trägt. Alles in allem ist es ein schöner Auftakt für das letzte Planjahr — das „Jahr des Sieges“.

Rückorientierung?

Berlin (DPA). Entgegen den Gepflogenheiten der vergangenen Jahre hat sich die Volkskammer der Sowjetzone bis jetzt noch nicht mit dem Wirtschaftsplan für 1955 beschäftigt. Bis zum Mittwoch war bei den zuständigen Ostberliner Stellen auch noch nicht bekannt, wann der Plan der Volkskammer vorgelegt und offiziell von ihr verabschiedet werden soll. In Westberliner politischen Kreisen wird angenommen, daß die Verzögerung an einer möglichen Rückorientierung des Wirtschaftskurses der Sowjetzone auf Erweiterung der Schwerindustrie liegt.

Gehorsames Ungarn

Wien (AP/DPA). In Übereinstimmung mit der neuen Entwicklung in der Sowjetunion hat die ungarische Regierung beschlossen, wieder der Schwerindustrie den Vorrang einzuräumen.

Albert Schweitzer sagt ab

„Weltjugendfestspiele“ als kommunistisch erkannt

Paris (DPA). Der Arzt und Nobelpreisträger Albert Schweitzer hat die Zusage zurückgezogen, die Ehrenmitgliedschaft im westdeutschen Vorbereitungskomitee für die „Weltjugendfestspiele für Frieden und Freundschaft“ im August in Warschau zu übernehmen.

Schweitzer hatte dem Komitee diese Zusage während seines letzten Europa-Aufenthaltes gegeben. Nach seiner Rückkehr nach Lambarene in Französisch-Äquatorialafrika wurde er darauf aufmerksam gemacht, daß die Weltjugendfestspiele eine kommunistische Veranstaltung sind.

Terror gegen Geistliche

Berlin (DPA). In Oberschlesien sind zwei deutsche katholische Geistliche verhaftet und ausgewiesen worden.

Sie hatten sich geweigert, sich

von Rom loszusagen und einer „unabhängigen polnischen Nationalkirche“ beizutreten.

Es handelt sich um den Pfarrer von St. Anna in Hindenburg, Franz-Josef Pieruschka, und Pfarrer Johannes Dolla, ebenfalls aus Hindenburg. Pfarrer Pieruschka fand bei einem polnischen Geistlichen in Krakau Aufnahme, darf aber auch dort keine kirchlichen Handlungen vollziehen.

Antwort an die Volkskammer

Berlin (DPA). Der Präsident des Rates der französischen Republik, Monnerville, hat auf die Botschaft gegen die Pariser Verträge geantwortet, die ihm Ende Januar von der Volkskammer zugestellt worden war. Er erklärte, daß die französische

Entscheidung über das Vertragswerk von Paris mit den Prinzipien der Freiheit und des Friedens unter den Völkern in Übereinstimmung stehen werde, die von Frankreich jederzeit vertreten werden.

Ein unerhörter Fortschritt

Das kommunistische „Neue Deutschland“ veröffentlichte auf drei Seiten die Reden Bulgans und Molotows vor dem Obersten Sowjet. Diese Seiten sehen anders aus als frühere Berichte über solche Reden. Sie sind durch mehrspaltige Zwischentitel und einspaltige Zwischenzeilen lebhaft aufgelockert. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, ist unter den Reden der ungewöhnliche Vermerk zu lesen, daß die Zwischentitel aus der Redaktion des „Neuen Deutschland“ stammen.

Früher war das strafbar. Als die jetzt entartete „Neue Zeit“ kurz nach ihrer Gründung Anfang August 1945 im Wortlaut das Potsdamer Abkommen veröffentlichen mußte, versah die Redaktion zur besseren Orientierung ihrer Leser den seitenlangen Text mit Zwischentiteln. Der Chefredakteur und sein

Vertreter, die nicht die leiseste Ahnung von dem großen Verbrechen hatten, das von der Redaktion begangen worden war, wurden sofort zu dem sowjetischen Zensor bestellt, der mit ihnen streng ins Gericht ging. Auf einen der Zwischentitel und dann auf die Unterschrift Stalins zeigend, fragte er empört, ob Stalin auch das unterschrieben habe. Die beiden Angeklagten mußten das wohl oder übel verneinen. Zur Strafe für diese „Fälschung eines Dokuments“ erhielten sie den Befehl, das ganze Potsdamer Abkommen in der nächsten Ausgabe der Zeitung nochmals zu veröffentlichen.

Wer kann da heute noch behaupten, daß die Presse der Sowjetzone in den seither verflossenen zehn Jahren nicht einen unerhörten „Fortschritt“ zur Freiheit gemacht habe?

„Hühneraugenseuche“

Berlin (DPA). In den Städten der Sowjetzone ist in den letzten Wochen die Zahl der „Fußkranken“ und der Ehefrauen, die mit einer Scheidung drohen, rapide angestiegen. Grund ist die Unlust der Städter, dem SED-Beschluß „Industriearbeiter aufs Land“ nachzukommen. Die SED-Zeitung „Das Volk“ schreibt, daß sich beim Rat des Bezirks Erfurt zwar 80 Genossen freiwillig zur Landarbeit gemeldet, bisher aber nur drei ihr Versprechen eingelöst hätten. Die anderen seien von der „Hühneraugenseuche“ befallen worden oder verschanzten sich hinter ihren Frauen.

In den Betrieben der Sowjetzone sind inzwischen sogenannte Arbeitsgruppen gebildet worden, die die Werke durchkämmen sollen. Auf diese Weise wurden im Karl-Liebknecht-Werk (Magdeburg) 40 Arbeiter für die Landarbeit „geworben“.

MODELENZ IN OSTBERLIN:



Die O-Linie

wie die Sowjetzonenbevölkerung den Stil dieser Modelle scherzhaft nennt, wird auch in diesem Jahr die Sommerkollektion beherrschen. Unsere Fotos sind Schnappschüsse aus einer Modenschau des „Instituts für Bekleidungskultur“ in einem Ostberliner Großbetrieb. Die Modelle spiegeln die Biederkeit und Phantasiosigkeit der zuständigen SED-Kommission wider, deren Aufgabe es ist, die Entwürfe des Instituts ideologisch zu „überwachen“. Die Kleider, denen man reizvolle Namen gab, sollen — wie in einer Rede vor der Modenschau gesagt wurde — „den Anforderungen einer zweckmäßigen Eleganz“ entsprechen.

Soll ein neuer Kalender kommen?

Bundesinnenminister fragt die Öffentlichkeit

Bonn (Eigenbericht). „Wie wäre es mit einem neuen Kalender?“ Mit dieser Frage wandte sich jetzt das Bundesinnenministerium an die deutsche Öffentlichkeit. Die Bundesregierung kommt damit einem Beschluß des UN-Wirtschafts- und Sozialrates nach, einen Vorschlag der Weltkalender-Gesellschaft zur Diskussion zu stellen. Der gängige, 1582 von Papst Gregor eingeführte Kalender soll verbessert werden.

Der wichtigste Punkt der Reform ist die Absicht, das ganze Jahr hindurch die Wochentage unveränderlich mit den Monatstagen zu verbinden. (Also: Jeder 3. Januar wäre ein Dienstag, jeder 20. April ein

geben, daß die Meinungen über die Einführung eines Weltkalenders dieser Art durchaus geteilt sind. Der Termin für die Einführung könnte frühestens der 1. Januar 1961 sein, denn erst dann fällt der erste Jahrestag wieder auf einen Sonntag, so daß der Gregorianische Kalender mit dem neuen Weltkalender an diesem Tag übereinstimmen würde.

In 3 Stunden nach USA

London (AP). Der Direktor der britischen Luftfahrtversuchsanstalt, Sir Arnold Hall, hat in einem Vortrag erklärt, in der Zukunft würden Flugzeuge aus Glasfasermaterial in zwei Stunden und 45 Minuten von London nach New York fliegen.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundert dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Freitag, jeder 25. Dezember ein Montag.) Der Weltkalender sieht ein Jahr von 364 Tagen vor, eingeteilt wie bisher in zwölf Monate. Jedes Vierteljahr soll 91 Tage haben. Der erste Monat eines jeden Vierteljahres soll an einem Sonntag beginnen und 31 Tage haben. Alle anderen Monate müssen sich in Zukunft mit 30 Tagen begnügen. Der 365. Tag eines jeden Jahres soll als Weltfeiertag zwischen dem 30. Dezember und dem 1. Januar eingeschoben werden. Um das Kalenderjahr mit dem Sonnenjahr in Übereinstimmung zu bringen, ist auch in Zukunft alle vier Jahre ein Schalttag notwendig. Dieser Schalttag soll nicht mitgezählt werden und als Weltfeiertag zwischen dem 30. Juni und dem 1. Juli liegen. Die Festlegung der kirchlichen Feiertage wird von dem neuen Kalendervorschlag nicht berührt.

Die bisherigen Umfragen in anderen Ländern haben er-

Gleiches Recht für Mensch und Motor

Gießen (DPA). Gleiches Recht für Mensch und Motor hat Jugendrichter Dittrich in Gießen bei seinem Freispruch für fünf Jugendliche, die wegen ruhestörenden Lärms einen Strafbefehl erhalten hatten, proklamiert. Die Jungen waren Weihnachten 1954 „ungebührlich“ singend und musizierend durch die nächtlichen Straßen eines Ortes gezogen.

In seiner Urteilsbegründung wies Dittrich darauf hin, daß eine Bestrafung der Angeklagten nicht zu rechtfertigen sei. Die Ruhe des Menschen werde heute in ungebührlicher Weise durch den Verkehrslärm und den Krach, den die Technik verursache, gestört. Man nehme

15 000 Auswanderer nach den USA

Hamburg (epd). Innerhalb der nächsten Jahre werden 15 000 Auswanderer aus Deutschland nach den USA reisen.

Noch bis Ende Juni 1955 werden 2000 Auswanderer in Deutschland erteilt. Dies teilte Dr. Paul C. Empie in Hamburg anlässlich der außerordentlichen Sitzung der Weltdienst-Kommission des Lutherischen Weltbundes mit.

Sturm auf Schmökergrab

Hagen (AP). Über 20 000 minderwertige Jugendbücher sind bei einer Aktion des Jugendamtes und der Stadtbücherei in Hagen in ein „Schmökergrab“ gewandert. Für die Groschenhefte und „Comic Strips“ im Kaufwerte von 7000 DM erhielten die Jugendlichen jeweils im Verhältnis 5 : 1 gute Jugendliteratur.

Der Ansturm auf das „Schmökergrab“ überstieg, wie das Jugendamt nach Abschluß der Aktion mitteilte, alle Erwartungen.

nachts knatternden Motorenlärm und Sirenengeheul als selbstverständlich hin. Deshalb wäre es unrecht, das Singen und Harmonikaspielen der Dorfjugend zu nächtlicher Stunde als anstößig zu verurteilen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.